

Entschließung der 8. Landesgesundheitskonferenz NRW zur Weiterentwicklung von Multimedia-Anwendungen im Gesundheitswesen

Inhaltsverzeichnis

1. Herausforderungen, Chancen und Risiken
2. Ausgangslage
3. Empfehlungen
- 3.1 Zentrum für Telekommunikation und Multimedia-Anwendungen im Gesundheitswesen (ZTMG)
- 3.2 Musterregionen
4. Weiteres Verfahren

1. Herausforderungen, Chancen und Risiken

Neue Informations- und Kommunikationstechnologien bestimmen zunehmend Alltag, Arbeitswelt und Kommunikationsbeziehungen in der Informationsgesellschaft an der Schwelle zum neuen Jahrtausend. Unsere Gesellschaft - und damit auch das Gesundheitswesen - steht dabei vor großen Herausforderungen, die Chancen, aber auch Risiken bergen.

Um die hohe Qualität in unserem Gesundheitswesen zu sichern und den gleichen Zugang für alle Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten, gilt es, alle Potentiale auszuschöpfen, die einen effizienteren Ressourceneinsatz ermöglichen. Multimedia-Anwendungen im Gesundheitswesen sind dafür eines der Instrumente, diese Aufgabe zu erfüllen.

In der fachlichen und politischen Diskussion unstrittig sind die Ziele, die mit der Einführung neuer, innovativer Technologien verbunden sind:

- Qualitätssicherung und -steigerung,
- effektivere medizinische Versorgung,
- effizientere Versorgungs- und Verwaltungsabläufe sowie
- mehr Bürgernähe und Kompetenz der Patienten durch Information und Transparenz

Verkannt werden dürfen aber auch nicht die Risiken, die mit der Einführung von Telekommunikations- und Informationstechnologien verbunden sind. Dies gilt zu-
vorderst für den Schutz der äußerst sensiblen patientenbezogenen Daten.

Dies gilt aber auch für Zugangs- und Akzeptanzprobleme, die zwangsläufig mit technischen Innovationen verbunden sind. Zugleich birgt der ungefilterte Zugang zu immer mehr Informationen Gefahren wie Unübersichtlichkeit und Verunsicherung hinsichtlich einer zuverlässigen Bewertung in sich.

Auch wenn die Weiterentwicklungen von Multimedia-Anwendungen im Gesundheitswesen auf regionaler Ebene nur im Kontext von bundes- und europaweiten Prozessen zu sehen sind, müssen entscheidende Impulse von den Regionen ausgehen.

Die Landesgesundheitskonferenz NRW stellt sich diesen Herausforderungen, um die mit Multimedia-Anwendungen im Gesundheitswesen verbundenen Potentiale für die Bürgerinnen und Bürger des Landes zu erschließen.

2. Ausgangslage

Im Rahmen der Landesinitiative media NRW wurde im Mai 1996 die Task Force "Multi-Media im Gesundheitswesen" eingerichtet.

Ziel der Arbeit der Task Force war es, die Diskussion zwischen allen Beteiligten im Zusammenhang mit multimedialen Anwendungen im Gesundheitswesen zu fördern, Abstimmungen und Zusammenarbeit zu unterstützen und letztlich die Einführung multimedialer Anwendungen in den Einrichtungen des Gesundheitswesens in Nordrhein-Westfalen voranzubringen. Der Task Force gehörten neben Vertretern des Vorbereitenden Ausschusses der Landesgesundheitskonferenz (Vertreter der Krankenkassen, Ärztekammern, der Kassenärztlichen Vereinigungen, der Krankenhausgesellschaft, der Wohlfahrtsverbände), von Krankenhäusern sowie von Universitäten, von Hard- und Software-Firmen, Anbieter von Online-Diensten, Hersteller von Medizintechnik, Anbieter von Telekommunikationseinrichtungen und Vertreter der Landesregierung an. Im Frühjahr 1997 hat die Kienbaum-Unternehmensberatung im Auftrag der Landesregierung im Rahmen einer Studie eine umfassende Bestandsaufnahme aller bedeutenden Multimedia-Projekte im Gesundheitswesen in NRW als Vollerhebung durchgeführt. Identifiziert wurden bei insgesamt 772 angeschriebenen Institutionen 89 Einrichtungen mit 112 Projekten mit Multimedia-Komponenten, darunter 58 reine Multimedia-Projekte. Die Studie beschreibt ferner den Nut-

zen von Multimediaentwicklungen im Gesundheitswesen, identifiziert vorhandene Problemfelder und gibt weiterführende Empfehlungen.

Das Gesundheitswesen steht mit der Einführung von Informations- und Kommunikationstechnologien am Anfang einer dynamischen Entwicklung, die in anderen Bereichen schon wesentlich weiter fortgeschritten ist. Für eine Weiterentwicklung im Bereich des Gesundheitswesens sind allerdings die vorhandenen Problemfelder zu konkretisieren. Dazu zählen insbesondere

- finanzielle Rahmenbedingungen, die die Investitionen in multimediale Projekte für die Beteiligten erschweren,
- Defizite in der vorhandenen technischen Infrastruktur,
- die Inkompatibilitäten bereits implementierter (Insel)-Lösungen,
- Kompetenzdefizite der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter,
- die rechtlichen Rahmenbedingungen mit insbesondere ungelösten datenschutz- und haftungsrechtlichen Problemen.

Darüber hinaus gilt es, die spezifischen Bedingungen wie

- den Wettbewerb zwischen Nutzern,
 - die Vielfalt und Multizentrik der Anwendungsentwicklung, Organisation und interessierten Nutzerkulisse im pluralen Gesundheitswesen Deutschlands,
 - die Anpassung der Multimedia-Anwendungen an die vernetzten Versorgungsroutinen, die sie unterstützen sollen,
- zu berücksichtigen.

3. Empfehlungen

Sowohl die Bestandsaufnahme der Projekte in NRW als auch alle einschlägigen aktuellen wissenschaftlichen Untersuchungen und Studien zeigen, dass der Bedarf an einer institutionalisierten Koordinations- und Kommunikationsplattform groß ist. Für die Zukunft gilt es, die gewonnenen Erkenntnisse und Erfahrungen empirisch valide abzusichern und in geeignete Maßnahmen umzusetzen.

Die Landesgesundheitskonferenz begrüßt, dass die Landesregierung in diesem

Bereich in Kürze die zwei folgenden näher beschriebenen praxisnahen Projekte realisieren will. Die Landesgesundheitskonferenz wird diese Maßnahmen begleiten und unterstützen.

3.1 Zentrum für Telekommunikation und Multimedia-Anwendungen im Gesundheitswesen (ZTMG)

Die Landesregierung plant, vor dem Hintergrund der hohen Dynamik und der erheblichen Komplexität in diesem Aufgabenfeld eine eigenständige Einrichtung auf hohem fachlichem und technischem Niveau zu schaffen und die Organisationen und Einrichtungen des Gesundheitswesens, der Wirtschaft sowie der Wissenschaft und der Forschung einzubeziehen.

Die strategische Positionierung des ZTMG soll an der Schnittstelle von Gesundheit und Wirtschaft erfolgen. Es soll den dringend erforderlichen Wissens-Transfer zwischen Einrichtungen und Akteuren des Gesundheitswesens und den kommerziellen Anbietern von Informations- und Kommunikationstechnologien und Medizintechnik leisten, die Potentiale gegenseitig nutzbar machen und damit eine eigene Position aufbauen, die bisher nicht oder nur in einzelnen Segmenten von anderen Anbietern wahrgenommen wird. Dies gilt vor allem für solche Aufgaben und Entwicklungsvorhaben, die aus strukturellen Gründen für das Gesundheitswesen nur im Zusammenwirken zwischen den verschiedenen Gruppen von Beteiligten der Wirtschaft und der Politik gelingen können.

Das ZTMG steht insbesondere Unternehmen der Telekommunikation und Informationstechnologie, Medienunternehmen, Unternehmen der Medizintechnik, der pharmazeutischen Industrie, Banken, Versicherungen und Messegesellschaften als potentiellen Gesellschaftern offen.

Die Aufgaben des ZTMG sollen sich vor allem darauf konzentrieren, Management- und Politikberatung sowie Leistungen in den Bereichen Kommunikation, Forschung und Entwicklung, Fortbildung und Dienstleistung anzubieten.

Die Landesgesundheitskonferenz begrüßt die Bereitschaft der Landesregierung, mit Hilfe einer auf drei Jahre befristeten Anschubfinanzierung die Einrichtung des

ZTMG zu fördern. Sie wird sich mit ihren Organisationen und Institutionen aktiv in die Arbeit des ZTMG einbringen und unterstützt darüber hinaus alle Bemühungen, die sicherstellen, dass die gesetzten Ziele erreicht werden.

3.2 Musterregionen

Die Landesregierung plant, in einem offenen Wettbewerb zunächst zwei Musterregionen auszuwählen, die sich durch eine bereits fortgeschrittene Entwicklung im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien auszeichnen. Die in den Musterregionen gewonnenen Erkenntnisse sollen

- zur Klärung grundsätzlicher Fragen wie zu Kosten-Nutzen-Potentialen, zur Finanzierung, zum Datenschutz und Haftungsrecht, zur Definition einheitlicher Standards sowie
- zur Entwicklung landesweit übertragbarer Modelle innovativer Technologien und von Vernetzungsstrukturen in der Region beitragen.

Die Landesgesundheitskonferenz begrüßt ein solches Verfahren und wird an der Klärung der genannten Fragestellungen aktiv mitwirken und im Rahmen ihrer jeweiligen Zuständigkeiten die Durchführung ausgewählter Projekte unterstützen.

4. Weiteres Verfahren

Die Mitglieder der Landesgesundheitskonferenz werden ihren Beitrag zur Weiterentwicklung und zum verantwortlichen Umgang mit den neuen Technologien leisten. Nur durch Kooperation aller Akteure im Gesundheitswesen kann das Ziel einer Qualitätsverbesserung bei gleichzeitiger optimaler Ressourcennutzung erreicht werden.

Die LGK beabsichtigt, dieser Entschließung zu einem späteren Zeitpunkt unter Berücksichtigung u. a. der Gesundheitsreform auf Bundesebene und der in den Musterregionen gewonnenen Erkenntnisse und Erfahrungen Empfehlungen zur Gestaltung der Anwendungsroutinen von Multimedia im spezifischen Kontext unseres Gesundheitswesens folgen zu lassen.